

Diyar Agu

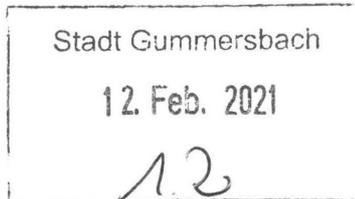
Fraktionsvorsitzender DIE  
LINKE. im Rat der Stadt  
Gummersbach

Rathausplatz 1  
51643 Gummersbach

Telefon 0152 07172807

diyar.agu@dielinkeoberberg.de  
www.dielinkeoberberg.de

An den Bürgermeister  
der Stadt Gummersbach  
Frank Helmenstein  
Rathausplatz 1  
51643 Gummersbach



Gummersbach, den 12.02.2021

**Antrag an den Ausschuss für Schule, Sport, Soziales, Familie und Migration:  
Maßnahmen zur Abfederung finanzieller und sozialer Folgen durch die COVID-19-Pandemie –  
Gummersbacher Wohn- und Mietsituation während der Pandemie sozial gestalten und obdachlose  
Menschen schützen!**

*Der Rat der Stadt Gummersbach möge beschließen:*

*1) Die mehrheitlich städtische Wohnungsbaugesellschaft GWG wird aufgefordert, Mieter:innen, die durch die Covid-19-Krise in eine existenzbedrohende Lage kommen, eine zeitweilige Mietsenkung oder einen Mieterlass anzubieten. Die kommunalen Vertreter:innen im Aufsichtsrat der GWG werden aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass dies umgesetzt wird.*

*2) Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, zeitnah ein Angebot zur vorübergehenden Unterbringung von aktuell massiv von Kälte bedrohten Obdachlosen in von der Stadt angemieteten Ferienwohnungen und Hotels, zu entwickeln und es sozialarbeiterisch zu begleiten.*

*3) Da in Unterkünften, in denen mehrere Personen auf einem Zimmer unterkommen können, wie in den Gummersbacher Notunterkünften für Obdachlose, eine erhöhte Infektionsgefahr besteht, wird die Stadt Gummersbach alle Möglichkeiten nutzen, die Situation zu entzerren. Sie verstärkt ihre Bemühungen, den Betroffenen einen Umzug in Wohnungen zu ermöglichen. Wo diese Möglichkeit kurzfristig nicht besteht, wird die Stadt die vorübergehende Unterbringung in Ferienwohnungen und Hotels mit privaten Sanitäreinrichtungen anstreben.*

*4) Sollten während der Krise die Kapazitäten des Frauenhauses der Caritas Oberberg nicht ausreichen, stellt die Stadt Gummersbach dem Frauenhaus zusätzliche Kapazitäten durch von der Stadt angemietete Ferienwohnungen oder Hotelkapazitäten sowie zusätzliche Mittel für den erhöhten Betreuungsbedarf zur Verfügung.*

**Begründung:**

Um die Situation der Menschen, die sich aufgrund der Pandemie in einer existenzbedrohenden Lage befinden, nicht zusätzlich zu verschärfen oder gar eine Schuldenspirale in Gang zu setzen, ist die Stadt in der Pflicht innerhalb der eigenen Zuständigkeitsbereiche Abhilfe zu schaffen und betroffene Personen zu unterstützen.

Bisher ist die städtische Wohnungsgesellschaft GWG auch aktiv, um bei Mietausfällen gemeinsam mit betroffenen Mieter:innen eine Lösung zu finden. Um komplizierte Einzelfallentscheidungen zu vermeiden, kann mit einem Beschluss der praktischen Arbeit der GWG eine flächendeckende Handlungsgrundlage gegeben werden, sodass mit den Standardregelungen einer zeitweiligen Mietsenkung oder gar einem Mieterlass in Zukunft legitime und über die vom Bund zur Verfügung gestellten Hilfen wie Stundungen hinausgehenden Mittel zur Bekämpfung von unverschuldeten Notlagen bereitstehen.

Wohnen ist ein Menschenrecht und dieses Recht steht auch denen zu, die sich aufgrund ihrer Einkommenssituation keinen Wohnraum leisten können und dementsprechend wohnungs- oder gar obdachlos sind. Die Stadt trägt die Verantwortung für Menschen in Obdachlosigkeit.

In den Gummersbacher Notunterkünften ist eine Unterbringung in Einzelzimmern nicht immer möglich. Um das Infektionsrisiko zu senken und Betroffene stärker zu schützen, soll die Stadt zunächst den Betroffenen einen Umzug in bezahlbare Wohnungen ermöglichen.

Falls das kurzfristig nicht möglich sein sollte, sollen die Betroffenen in von der Stadt angemieteten Ferienwohnungen und Hotels unterkommen. Zudem bedrohen die eisigen Temperaturen, teilweise Nachts im zweistelligen Minusbereich, das Leben vieler obdachloser Menschen. Die meisten von ihnen sind gesundheitlich vorbelastet. Eine Unterbringung in während der Pandemie leerstehenden Hotelzimmern und Ferienwohnungen muss zügig umgesetzt werden, um das Leben der von Obdachlosigkeit betroffenen Menschen zu schützen.

Hier ist die Zusammenarbeit der Stadtverwaltung, insbesondere des Ordnungsamtes, mit Verbänden wie den Wohnhilfen Oberberg entscheidend. Gemeinsam sollen betroffene Personen sozialarbeiterisch begleitet werden.

Frauenhäuser berichten von ihrer Sorge, dass die Zahl der Hilfesuchenden nach der Pandemie drastisch in die Höhe steigen könnte und für den Fall kein ausreichender Platz mehr in den eigenen Räumen zur Verfügung stehen würde. Um auf eine solche Situation bestmöglich vorbereitet zu sein und zügig reagieren zu können, soll die Stadt bei Inanspruchnahme auch kurzfristig zusätzliche Kapazitäten durch von der Stadt angemietete Ferienwohnungen und Hotelzimmer sowie zusätzliche Mittel für den erhöhten finanziellen und personellen Betreuungsbedarf zur Verfügung stellen.



Diyar Agu

Fraktion DIE LINKE.